

LÄNDERBERICHTE RELIGIONSFREIHEIT: VIETNAM



LÄNDERBERICHTE RELIGIONSFREIHEIT: VIETNAM

57

Autor:

A. Pham Van

Der Autor A. Pham Van arbeitete als Erwachsenenbildner in der entwicklungspolitischen Bewusstseinsbildung. Er beschäftigt sich intensiv mit der gesellschaftlichen Entwicklung, den Kulturen und Religionen Südostasiens.

Herausgeber:

missio – Internationales
Katholisches Missionswerk e.V.
Team Menschenrechte und Religionsfreiheit

Zitervorschlag:

Pham Van, A., Religionsfreiheit: Vietnam, hrsg. vom Internationalen Katholischen Missionswerk missio e.V. (Länderberichte Religionsfreiheit 57), Aachen 2023.



LÄNDERBERICHTE RELIGIONSFREIHEIT: VIETNAM

Liebe Leserinnen und Leser,

im April 1975 wurde der sogenannte zweite Vietnamkrieg mit dem Sieg der kommunistischen Befreiungsarmee über die Armee der Republik Südvietnam und die verbündeten USA beendet. Nach Gründung der „Sozialistischen Republik Vietnam“ im Jahr 1976 reduzierte die Regierung das religiöse Leben im Land auf ein Mindestmaß. Die katholische Kirche musste ihre Priesterseminare schließen und verlor zahlreiche schulische und karitative Einrichtungen. Es gab fortan keine diplomatischen Beziehungen des Landes mehr zum Vatikan.

Erst im Jahr 2008 erhielt die katholische Kirche die Genehmigung, die Caritas Vietnam wieder zu errichten. Im selben Jahr wurde eine Arbeitsgruppe des Heiligen Stuhls und der Sozialistischen Republik Vietnam gegründet. Nach dem neunten Treffen dieser Arbeitsgruppe im Jahr 2022 besteht nun Hoffnung auf eine baldige Eröffnung einer ständigen vatikanischen Vertretung in der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi und auf die Entsendung eines vietnamesischen Vertreters in den Vatikan.

Nicht nur das Verhältnis zwischen dem vietnamesischen Staat und der katholischen Kirche entspannt sich zusehends, auch andere Religionsgemeinschaften im Land gewinnen mehr Handlungsspielraum. Diese Entwicklungen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Religionsfreiheit vor Ort nach wie vor erheblich eingeschränkt ist.

Gerade religiöse Gruppierungen, die nicht offiziell anerkannt sind, müssen mit Verhaftungen und Schikanen rechnen. Entscheidend für eine mögliche Registrierung ist vor allem, wie sich die Religionsgemeinschaften zu politischen Themen äußern. Nicht nur die katholische Kirche, sondern auch andere Religionsgemeinschaften hatten nach 1975 zahlreiche Besitztümer wie Schulen, Krankenhäuser, Infrastrukturen der Ordensgemeinschaften und Gotteshäuser verloren. In manchen Fällen war der Staat bereit, Ersatzgrundstücke anzubieten, die jedoch oft nicht gleichwertig waren. Religionsgemeinschaften in Vietnam haben auch heute noch Schwierigkeiten, ausreichende Flächen

für Gemeinde- und Gotteshäuser zu finden. Zudem ist es ihnen nach wie vor nicht gestattet, in eigener Trägerschaft im Schul- und Gesundheitswesen aktiv zu werden. Trotz aller Widrigkeiten ist es dem Salesianerorden gelungen, die staatlichen Behörden davon zu überzeugen, fünf große Berufsschulen in verschiedenen Provinzen des Landes zu führen. Diese Entwicklungen geben Grund zur Hoffnung.

Der vorliegende Länderbericht analysiert die Lage der Religionsfreiheit in Vietnam vor dem Hintergrund der historischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ausführlich. *missio* ist es dabei ein besonderes Anliegen, neben den spezifischen Herausforderungen für die katholische Kirche auch die Situation von Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften zu bedenken.

Pfarrer Dirk Bingener
missio-Präsident

INHALT

**VIETNAM:
GESCHICHTE,
POLITIK,
GESELLSCHAFT**

8

**RELIGIONS-
GEMEIN-
SCHAFTEN
IM LAND**

12

**VÖLKER-
RECHTLICHER
RAHMEN**

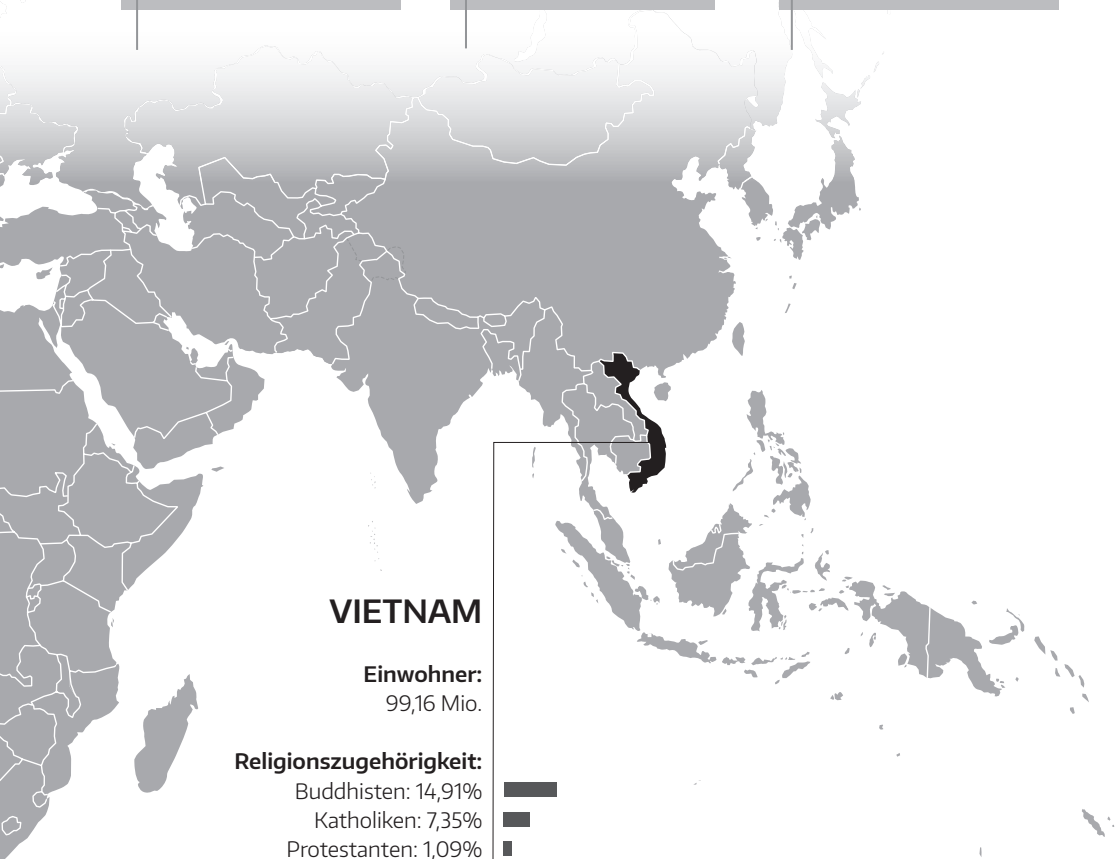
18

**RELIGIONS-
FREIHEIT
KONKRET**

20

AUSBLICK

33



VIETNAM

Einwohner:
99,16 Mio.

Religionszugehörigkeit:

- Buddhisten: 14,91%
- Katholiken: 7,35%
- Protestanten: 1,09%
- Hoa Hao: 1,47%
- Cao Dai: 1,16%

Andere Religionen/
ohne Religionszugehörigkeit: 74,12%

Quelle der Einwohnerzahl: Vereinte Nationen am 09.10.2022, Sektion Vietnamesisch
(<https://danso.org>, danso = dân số bedeutet Bevölkerungszahl)

Quelle der Religionszugehörigkeiten: Staatliches Amt für Religionsangelegenheiten (Ban Tôn Giáo), Stand: 19.07.2022.
Zahlenmäßige Angaben über Religionszugehörigkeit in Vietnam sind keine streng wissenschaftlich gesicherten Statistiken.

- Verfassungsrechtlicher Rahmen 20
- Religionsgesetz und staatliche Diskriminierungen 21
- Minderheitenreligionen und nichtregistrierte Religionsgemeinschaften 22
- Die katholische Kirche in Vietnam zwischen 1960 und 1975 23
- Enteignungen und Verdächtigungen gegenüber der katholischen Kirche 24
- Erneuerung, Öffnung und Menschenrechtsverletzungen zugleich 25
- Die katholische Kirche inmitten der Gesellschaft Vietnams 25
- Zaghafte Öffnung und verpasste Chancen 26
- Grund und Boden: ein Zankapfel 27
- Schulbildung und katholische Kirche 28

DIALOGPOTENZIAL 30

- Quellen 36
- Vietnamesische Internetquellen 36
- Anmerkungen 37
- Erschienene Publikationen 38

VIETNAM: GESCHICHTE, POLITIK, GESELLSCHAFT

Vietnam liegt an der Ostküste der hinterindischen Halbinsel. Das vietnamesische Volk besiedelte ursprünglich die Räume unmittelbar südlich von China. Es ist von dort aus im Laufe mehrerer Jahrhunderte bis in das Mekongdelta im heutigen Vietnam vorgedrungen. Die geografische Randlage Vietnams ist bedeutend, da im Umkreis von 4.000 km die am dichtesten bevölkerten Gebiete der Erde (China, Indien, Japan und Indonesien) liegen. So wurde das Land zum Schmelztiegel vieler Ethnien, Kulturen und Religionen. Das in S-Form vom Norden nach Süden lang gestreckte Land weist geografisch, klimatisch und vegetationsmäßig drei deutlich unterschiedliche Zonen auf. Nordvietnam wird vor allem durch die Ebene des Roten Flusses und des Schwarzen Flusses sowie zahlreiche Nebenflüsse geprägt. Darüber hinaus beeinflussen Ausläufer des südchinesischen Berglandes in die vietnamesischen Hochebenen die klimatischen Bedingungen. Das Klima kennt große Temperaturunterschiede: heiße und feuchte Sommer sowie trockene Winter mit raschem Umschwung. In den wasserreichen Ebenen wird vornehmlich Reis angebaut. In den Bergen siedeln überwiegend ethnische Minderheiten. Mittelvietnam besteht hauptsächlich aus einem schmalen, lang gezogenen Küstenstreifen. Es wird von jährlichen starken Niederschlägen, Taifunen und Überschwemmungen heimgesucht. Südvietnam wird zum großen Teil von dem zwei Meter über dem Meer gelegenen Schwemmland des Mekongdeltas und seinen zahlreichen Nebenflüssen eingenommen. Es ist der fruchtbarste Teil des Landes, in dem bis zu drei Reisernten im Jahr erwirtschaftet werden können und viele Arten von Obstbäumen wachsen.

Schmelztiegel vieler Ethnien, Kulturen und Religionen

Drei geografisch, klimatisch und vegetationsmäßig unterschiedliche Zonen

Vietnam zählt rund 99 Millionen Einwohner. Die Mehrheit von ihnen sind ethnische Vietnamesen, auch Kinh genannt. Etwa 14,2 Millionen Menschen gehören den 53 ethnischen Minderheiten an. Als Reisbauern und Fischer siedeln die Kinh überwiegend in den Ebenen und an den Küsten. Während des Vorstoßes nach Süden assimilierten sie einzelne Volksgruppen und drängten andere in die Berge zurück. Als Ergebnis dieser Entwicklung kann die Bevölkerung Vietnams grob in zwei Gruppen unterteilt werden: die der Ebenen (größtenteils die Kinh) und die der Bergvölker. Letztere wurden in der Vergangenheit von den Kinh stark benachteiligt, übervorteilt und bevormundet, was sich bis in die heutige Zeit fortsetzt.

Mehrheit ethnischer Vietnamesen (Kinh)

Bergvölker stark benachteiligt

Im Laufe seiner langen Geschichte wurde Vietnam von fremden Mächten bekämpft, besetzt und beherrscht. Seit dem Jahr 111 v. Chr. hatte China durch lang anhaltende Infiltrationen und kriegerische Auseinandersetzungen die völlige Abhängigkeit und die Sinisierung des vietnamesischen Volkes angestrebt und weitgehend durchgesetzt. Die endgültige Unabhängigkeit Vietnams von China konnte erst im Jahr 1428 errungen werden. Während dieser sehr langen Zeitspanne der chinesischen Herrschaft hatte die chinesische Kultur die Zivilisation der Vietnamesen stark beeinflusst. Viele chinesische Sitten, Anschauungen und Lebensformen wurden angenommen und integriert. Der Einfluss zeigte sich in Sprache und Literatur, Kunst und Architektur.

Sinisierung seit 111 v. Chr., Unabhängigkeit von China seit 1428

Nach der Unabhängigkeit von China erlebte Vietnam eine Zeit der relativen Ruhe. Es gab jedoch zahlreiche interne Konflikte und Machtkämpfe zwischen einheimischen Herrscherhäusern. Zwischen 1527 und 1802 wurde das Land zum ersten Mal geteilt: im Norden herrschten die Trinh, im Süden die Nguyen. Inmitten der Periode der Teilung kamen die ersten europäischen Händler nach Vietnam und errichteten Handelskontore. Zur gleichen Zeit begann die Missionierung durch europäische Missionare. Der Machtkampf und die Konkurrenz zwischen Nord- und Südvietnam schaden der Entwicklung des ganzen Landes. Im Jahr 1802 ernannte sich Gia-Long zum Herrscher. Er beendete die Teilung in Nord und Süd und gründete die Nguyen-Dynastie. Zwei seiner Nachfolger begannen mit Christenverfolgungen, die Anlass zu französischen militärischen Interventionen gaben. Von 1858 an eroberte und besetzte Frankreich nach und nach Teile und Provinzen Vietnams. Schließlich wurde Vietnam ein Protektorat unter französischer Verwaltung: ein Kolonialgebiet Frankreichs. Aufstände und Revolten

Erste Teilung des Landes 1527–1802

Ab 1858 schrittweise Besetzung durch Frankreich

Besetzung durch Japan bis 1945

ließen nicht lange auf sich warten, wurden jedoch niedergeschlagen. Während des zweiten Weltkrieges vertrieb die kaiserliche Armee Japans die französischen Machthaber aus dem Lande und besetzte Vietnam bis zu ihrer Kapitulation im Jahr 1945. Frankreich kehrte als Besatzer zurück. Wieder versuchten verschiedene Widerstandsgruppen, koordiniert oder unkoordiniert, das Land zu befreien. Unter ihnen stach der bekannte Revolutionär Ho Chi Minh hervor. Er hing der kommunistischen Ideologie an und führte den Guerillakrieg gegen die französische Armee. Ho Chi Minh formierte die erste nordvietnamesische Regierung und erklärte die einseitige Unabhängigkeit des Landes. Seine Volksarmee führte von nun an den Krieg an verschiedenen Fronten. Die von Frankreich verlorene Schlacht um Dien Bien Phu führte zur internationalen Konferenz in Genf, infolge derer Frankreich seine Truppen abziehen musste und Vietnam am 21. Juli 1954 wieder aufgeteilt wurde: Im Norden herrschte die Kommunistische Partei Vietnams; der Süden optierte für die Republik als Staats- und Regierungsform. Der katholische Präsident Ngo Dinh Diem regierte diesen Teil des Landes nicht immer mit sanfter Hand; er wurde 1963 bei einem Militärputsch ermordet. Nach dieser von den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) zumindest befürworteten Ermordung des Präsidenten Diem lag die Regierungsgewalt bei wechselnden Militärmachthabern.

Ho Chi Minh führt Guerillakrieg gegen französische Armee

Internationale Konferenz in Genf und Teilung des Landes 1954

Der kommunistische Norden hat nicht aufgegeben, den Süden zu infiltrieren. Sowohl Guerillakämpfe als auch reguläre Kampfhandlungen wechselten sich ab. Der Süden wurde von den USA mit ihren militärischen Beratern und Soldaten unterstützt. Dies konnte jedoch nicht verhindern, dass die kommunistische Volksarmee 1975 den Sieg davontrug. Alle amerikanischen Soldaten und Berater flohen aus dem Land bzw. wurden in die USA zurückgebracht. Der US-amerikanische Krieg gegen Nordvietnam blieb erfolglos und gilt bis heute als eine der schwerwiegendsten Niederlagen in der US-Geschichte. Der Krieg forderte mehr als eine Million Tote sowie bis zu einer Million Menschen, die durch das von den USA eingesetzte Giftgas Agent Orange behindert bzw. gesundheitlich stark eingeschränkt waren und sind.

Vietnamkrieg und Sieg der kommunistischen Volksarmee 1975

Wiedervereinigung 1976

Das Land wurde 1976 offiziell wiedervereinigt unter dem Namen „Sozialistische Republik Viet-Nam“. Die einzige Partei im Einparteiensystem ist die „Kommunistische Partei Vietnams“, welche ein Mehrparteiensystem und Bürgerbeteiligung ablehnt und alle anderen Organe, Institutionen und Organisationen lenkt. Im Jahr 2014 trat eine

neue Verfassung in Kraft, die das Machtmonopol der Kommunistischen Partei als Legislative, Exekutive und Judikative zementierte. Staatsoberhaupt war von 2018 bis 2021 Nguyen Phu Trong, der gleichzeitig Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei war und ist. Das Präsidentenamt gab er Anfang April 2021 an Nguyen Xuan Phuc ab. Er blieb bis heute Generalsekretär der Partei und somit der mächtigste Politiker im Lande. Ein kritisches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern ist schwierig, weil Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit von der Regierung zwar gestattet, aber stark eingeschränkt werden.

Kritisches Engagement stark eingeschränkt

RELIGIONS- GEMEIN- SCHAFTEN IM LAND

In Vietnam gab und gibt es keine Einheitsreligion, die mit einer der großen asiatischen Weltreligionen gleichzusetzen wäre. Es wäre irreführend, den Buddhismus als nationale Religion der Vietnamesinnen und Vietnamesen zu bezeichnen. Im Volk sind animistische Naturreligionen und die Ahnenverehrung verwurzelt, auf die im Wechsel der Zeiten der Buddhismus, der Konfuzianismus und der Taoismus einwirkten. Je nach Überzeugung und Neigung der jeweiligen regierenden Herrscher wurde eine der drei genannten Religionen zur Staatsreligion ausgerufen. Zeitweise wurden alle drei als gleichberechtigt betrachtet.

Naturglauben und Ahnenkult

Die religiösen Praktiken der vietnamesischen Landbevölkerung zeugen von einer animistischen Weltanschauung. Demnach ist die Natur von Geistern belebt, die auf das Leben der Menschen einwirken. Verschiedene Bereiche des vietnamesischen Lebens und praktizierte Naturkulte legen Zeugnis davon ab: Baum- und Steinkulte in der Nähe von Hue, Walfischkult an der mittelvietnamesischen Küste, Agrar- und Totenkulte in den Bergregionen und vieles mehr. Vorherrschend und von den meisten Vietnamesinnen und Vietnamesen praktiziert ist der Ahnenkult. Der Ahnenkult ist mit dem spontanen Glauben verbunden, dass der Mensch aus Leib und Seele besteht und Letztere nach dem Tod weiterlebt. Der Tod wird daher nicht als Ende des Lebens verstanden, sondern als Beginn des endgültigen Lebens. Die Ahnenverehrung ist ein Zeichen der Verbundenheit und Dankbarkeit den Vorfahren gegenüber; sie bildet den Grundpfeiler der konfuzianischen

Praktizierte
Naturkulte

Ahnenverehrung

Tradition. Der Kern der Ahnenverehrung ergibt sich aus dem Kontinuum von diesseitiger und jenseitiger Welt. Der Respekt, den man den Vorfahren schuldet, endet nicht mit ihrem Tod, denn im Jenseits setzen sie ihr Leben fort. Um den Ahnenaltar in den Häusern versammeln sich bei festlichen Anlässen alle Familienmitglieder. Sie berichten den Ahnen über Geburt, Krankheiten, Trauungen und alle wichtigen Ereignisse des Lebens und bringen ihnen Weihrauch, Kerzen, Blumen, Speisen und Reiswein dar. Unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion praktizieren die meisten Vietnamesinnen und Vietnamesen einen solchen Ahnenkult.

Konfuzianismus

Mit Ausnahme des Zeitraumes vom 11. bis zum 15. Jahrhundert, als der Buddhismus von den Herrschern zur offiziellen Religion Vietnams erklärt wurde, hielt sich der Konfuzianismus vom 15. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts als Staatsreligion. Mit dem Verschwinden des Herrscherhauses hat der Konfuzianismus seine organisatorische Mitte verloren. Er wirkte aber weiter auf das Leben und die Anschauungen der Bevölkerung. Konfuzius (551–479 v. Chr.) ging es eher um Staatsmoral als um die Gründung einer Religion. Sein Denken kreist um das Verhältnis des Untertanen zum Herrscher sowie um die gängigen zwischenmenschlichen Beziehungen. Die Treue zum eigenen Selbst darf als Mitte und Triebkraft dieser Moral angesehen werden, die im Verlauf der Jahrhunderte zahlreiche kasuistische Verformungen erlebte. Wie in China und Korea bestimmte und bestimmt der Konfuzianismus immer noch das religiöse, soziale und individuelle Leben der Vietnamesinnen und Vietnamesen, und zwar unabhängig davon, ob eine Person christlich, buddhistisch oder atheistisch ist.

15.–19. Jh.:
Konfuzianismus als
Staatsreligion

Konfuzianismus
bestimmt weiter re-
ligiöses, soziales und
individuelles Leben

Taoismus

Noch vor Konfuzius lehrte Lao Tse (100–44 v. Chr.) seine Metaphysik des vollkommenen Gleichklangs der Menschen mit der Natur. Die Religion basiert auf einer mütterrechtlichen Ordnung, der auch die ursprüngliche vietnamesische Mentalität nahesteht. Auffallend ist die weltanschauliche Nähe zum Buddhismus. Das taoistische Ideal der Orientierung an der Naturordnung führt zur Vermeidung jeder überflüssigen Initiative, zu Nicht-Handeln (*vô vi*) und Sorglosigkeit (*nhàn*) im Gleichgewicht mit dem „Ying“ und „Yang“ des Universums. In Vietnam lebt

Ideal der Orientie-
rung an der Natur-
ordnung

der Taoismus in zahlreichen volkstümlichen Formen, Anschauungen und Gebräuchen weiter.

Buddhismus

11.–15. Jh.:
Buddhismus als
offizielle Landes-
religion

Etwa im zweiten Jahrhundert n. Chr. kam der Buddhismus durch chinesische Indienpilger nach Vietnam und fand große Verbreitung. Vom 11. bis 15. Jahrhundert wurde er offizielle Landesreligion. Die frühesten literarischen Werke Vietnams sind religiöse Abhandlungen, die von buddhistischen Mönchen verfasst wurden. Überall im Lande entstanden buddhistische Pagoden. Zeitweise wurden vietnamesische Herrscher buddhistische Mönche. Nach buddhistischem Glauben führt die Entsagung aller weltlichen Wünsche als Ursachen des menschlichen Leids zum Verlassen dieser irdischen Scheinwelt und zum Eingehen ins Nirvana. Nach langem Niedergang begann gegen 1930 eine kleine Gruppe von Mönchen des Mahayana-Buddhismus mit einer Reformbewegung, die sich im Verlauf der Zeit vor allem über Mittelvietnam ausbreitete (Hue) und bald bis nach Saigon vordrang. Der Buddhismus moderner Prägung legt großen Wert auf soziale Betätigung und Bildungsarbeit. Eine buddhistische Hochschule wurde in Saigon ins Leben gerufen sowie das Institut zur Glaubensverbreitung (*Viện弘法*), das unter dem Regime von Ngo Dinh Diem hervortrat. Neben den Hauptformen des Mahayana- und Hinayana-Buddhismus existieren einige weitere Formen mit jeweils unterschiedlichen kultischen Praktiken.

Erneute Ausbreitung
seit 1930

Christentum

Vom Ende des 16. bis zum Anfang des 17. Jahrhunderts begleiteten europäische Seelsorger die Handelsschiffe und deren Besatzungen in Richtung Ost- und Südostasien, darunter Vietnam. Diese Priester predigten auch in den Ländern, in denen die Schiffe anlegten, bei der einheimischen Bevölkerung über das Christentum. Erst 1615 begann eine systematische Missionierung durch die Jesuiten. Im Jahr 1700 wurden bereits 300.000 Getaufte gezählt. Nach offenen Aufnahmen in den ersten Jahrhunderten kam es ab 1800 infolge der Verbindungen einiger Missionare mit den französischen Kolonialherren zu großen Christenverfolgungen.

Missionierung durch
Jesuiten ab 1615

Ab 1800 Christen-
verfolgungen

Vietnam erlebte im Laufe seiner Kirchengeschichte häufige Konflikte zwischen staatlicher Gewalt und der anfänglichen Missionskirche. Besondere Ausmaße nahm der Streit um den Ahnenkult an. Das Verbot

des Ahnenkultes 1704 durch Papst Clemens XI. führte zur Entfremdung der katholischen Vietnamesinnen und Vietnamesen von ihren tief verwurzelten Liebes- und Respektbeziehungen zu ihren Ahnen. Zu den traditionellen Ausdrucksformen des Ahnenkultes der Vietnamesen gehörten und gehören folgende Traditionen: Errichtung eines Hausaltars zu Ehren der Ahnen, Begehen des Todestages der Ahnen (*Lễ giỗ*), Darbringung von Opfergaben in Form von Essen, Obst, Weihrauch etc. All diese Praktiken wurden von vielen Missionaren und von einigen Päpsten als abergläubische Praktiken betrachtet. Rom hatte den Ahnenkult mit religiösen Kulthandlungen verwechselt. Dieses Missverständnis durch Rom gab Grund und Anlass für die regierenden Herrscher in Vietnam, die christliche Religion als kulturellen Verrat anzusehen und vietnamesische Christen als Feinde der Nation zu betrachten. Erst am 8. Dezember 1939 hob die Kongregation Propaganda Fide (heute: Kongregation für die Evangelisierung der Völker) unter Papst Pius XII. durch den Erlass „Planum compertum est“ das Verbot des Ahnenkultes in China und in dessen Nachbarländern auf. In Vietnam ließ die Bischofskonferenz nach Zustimmung von Rom den Ahnenkult 1965 wieder zu.

Streit um Ahnenkult

Die heutige vietnamesische Sprache entstand dadurch, dass europäische Missionare eine Sprache für die Missionsarbeit benötigten. Zusammen mit einheimischen Neuchristen wurde die alte Zeichenschrift und deren singende Tonlagen durch das lateinische Alphabet umschrieben und weiterentwickelt. Durch diese Latinisierung des Vietnamesischen entstand eine Sprache (*Chữ quốc ngữ*), die einen leichteren Zugang zu Alphabetisierung und Bildung bedeutete und die heute von allen Vietnamesinnen und Vietnamesen gesprochen und geschrieben wird.

Vietnamesisch
als Sprache für die
Missionsarbeit

Die Geschichte der protestantischen Kirche in Vietnam geht auf das Ende des 19. Jahrhunderts zurück. Missionsbemühungen von französischen, englischen und nordeuropäischen Missionaren waren zunächst erfolglos, bis in der Neuzeit insbesondere amerikanische Missionare für eine steigende Anzahl von Konvertitinnen und Konvertiten sorgten. Seit 1911 formieren sich evangelische Christinnen und Christen in einer strukturierten Organisation. Zurzeit zählen sie ca. 1,5 Millionen Mitglieder, die zumeist Pfingstchristen oder Mennoniten sind. Den größten Anteil machen ethnische Minderheiten in den Bergregionen aus. Sie sind einer strengen Kontrolle und Schikanen durch staatliche

Protestantische
Kirche seit Ende 19. Jh.

1,5 Mio. Protestanten,
staatliche Schikanen

Widerstands-
bewegung FULRO

Organe ausgesetzt. Generell standen und stehen sie unter dem Verdacht, dem Staat nicht wohlgesonnen zu sein. Dieser Verdacht geht auf die Widerstandsbewegung FULRO (*Force unifiée pour la libération des races opprimées*) zurück, die zwischen 1964 und 1992 aktiv war. Die FULRO rekrutierte ihre Mitglieder unter 30 ethnischen Gruppen. Ihr Ziel war es, mehr Unabhängigkeit für ethnische Minderheiten in Vietnam zu erreichen. Sie kämpften sowohl gegen die nichtkommunistischen Truppen der südvietnamesischen Armee als auch später gegen die kommunistischen Guerillas. Unmittelbar nach der Machtübernahme durch die Kommunistische Partei 1975 wurden sie streng beobachtet. Christliche Minderheiten wurden zum Teil stark in ihren religiösen Praktiken behindert. Die seelsorgerische Betreuung durch evangelische Pastoren wurde auf vielfache Weise torpediert. Seit 1975 sind fast alle protestantischen Christinnen und Christen unter der staatlich beeinflussten Evangelischen Kirche Vietnams zusammengefasst, die 2001 ihre offizielle Registrierung erhielt.

Islam

Rund 60.000
Muslime

Schätzungsweise 60.000 Musliminnen und Muslime diverser ethnischer Gruppen leben überwiegend im Mekong-Delta und im Hochplateau Mittelvietnams. Es handelt sich um Chams, Khmers, Malaien, Chinesen und Vietnamesen. In Hochiminh-Stadt gibt es eine Moschee für eine kleine Stadtgemeinde.

Hinduismus

Indische Einwanderung
gegen Ende
19. Jh

Indische Einwanderer und Einwanderinnen brachten den Hinduismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts nach Vietnam. Die meisten von ihnen waren Händler von Textilien und Goldschmuck, andere arbeiteten als Wachpersonal für Firmen sowie als Milchbauern. Im heutigen Saigon gibt es zwei hinduistische Tempel, die jeweils einer anderen Gottheit geweiht sind. Nach 1975 verließen fast alle indischen Bewohnerinnen und Bewohner das Land. Teile der ethnischen Minderheit Cham in den Bergregionen gehören dem Hinduismus an.

Bahá'í

Etwa 8.000 Bahá'í

Die Bahá'í sind seit den 1920er Jahren in Vietnam und zählen heute etwa 8.000 Mitglieder, die überwiegend in Saigon und südlichen Regionen leben. Anhängerinnen und Anhänger der Bahá'í sind stark sozial enga-

giert. Karitative Arbeit, Alphabetisierung von Kindern in ländlichen Gebieten und Nothilfe bei Katastrophen sind ihre Prioritäten.

Weitere Religionen

Neben den oben erwähnten Religionen existieren in Vietnam mehrere Religionsgemeinschaften mit teilweise wesentlich weniger Gläubigen. Lediglich zwei von ihnen sollen hier vorgestellt werden. Die Cao Đài wurde 1929 gegründet. Sie bringt Elemente verschiedener Religionen wie unter anderem des Buddhismus, des Konfuzianismus, des Islam, des Christentums und des Ahnenkultes zusammen und lehrt die Unsterblichkeit der Seele, den unbedingten Schutz der Lebewesen, ein moralisches Leben und die Barmherzigkeit. Ihr gehören schätzungsweise 2,4 Millionen Gläubige an, die mehrheitlich in ländlichen Gebieten des südvietnamesischen Mekong-Deltas leben. Wie die Hoa Hao bekämpften sie die französische Kolonialmacht.

Die Hòa Hào ist 1939 als eine reformierte buddhistische Gemeinschaft entstanden, der heute schätzungsweise knapp zwei Millionen Gläubige angehören. Die Hòa Hào-Buddhistinnen und Buddhisten leben nach der Lehre Buddhas, sind jedoch weltorientiert und fokussieren auf Barmherzigkeit und Sorge für die Armen sowie in Existenznot geratene Menschen. Ihre Aktivitäten umfassen die Nothilfe bei jeglicher Art von Katastrophen; ihre sozial- und karitativen Programme waren mit nationalen antikolonialen Bewegungen verbunden. Sie wurden von französischen Kolonialherrschern bekämpft und verfolgt.

VÖLKER- RECHTLICHER RAHMEN

Als wichtigste Norm des globalen Völkerrechts gilt der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPbpr)¹ vom 16. Dezember 1966, der am 23. März 1976 in Kraft getreten ist. Vietnam ist dem IPbpr am 24. September 1982 beigetreten.² Für Vietnam sind die Definitionen zur Religionsfreiheit in Artikel 18 des IPbpr völkerrechtlich bindend:

- (1) Jedermann hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfasst die Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung eigener Wahl zu haben oder anzunehmen, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Beachtung religiöser Bräuche, Ausübung und Unterricht zu bekunden.
- (2) Niemand darf einem Zwang ausgesetzt werden, der seine Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung seiner Wahl zu haben oder anzunehmen, beeinträchtigen würde.
- (3) Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekunden, darf nur den gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, Gesundheit, Sittlichkeit oder der Grundrechte und -freiheiten anderer erforderlich sind.

- (4) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Freiheit der Eltern und gegebenenfalls des Vormunds oder Pflegers zu achten, die religiöse und sittliche Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren eigenen Überzeugungen sicherzustellen.

Dem Fakultativprotokoll über die Individualbeschwerde vom 16. Dezember 1966 (in Kraft getreten am 23. März 1976), das auch Einzelpersonen eine Beschwerde vor dem Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen eröffnet, ist Vietnam nicht beigetreten.³

Die Allgemeine Bemerkung (General Comment) Nr. 22 vom 20. Juli 1993 konkretisiert einige der im IPbpr enthaltenen Rechte. So wird dort hervorgehoben, dass Religionsfreiheit universell gültig ist, das heißt für alle Menschen und alle Weltanschauungen gilt: „Artikel 18 schützt die theistischen, nicht theistischen und atheistischen Anschauungen sowie das Recht, sich zu keiner Religion oder Weltanschauung zu bekennen.“⁴ Dazu gehört auch die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln (Ziffer 5). Zudem muss die Möglichkeit gegeben sein, den Militärdienst aus Gewissensgründen zu verweigern und durch alternative Dienstformen zu ersetzen (Ziffer 11).

Staatliche Einschränkungen der im IPbpr enthaltenen Religionsfreiheit sind strengen Kriterien unterworfen, um die Substanz des Rechtes zu wahren. Dabei dürfen mögliche gesetzlich vorgesehene Einschränkungen zum Schutz der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung sowie zum Schutze der Rechte anderer ausschließlich das *forum externum* betreffen, das die Verwirklichung und Betätigung der Überzeugung nach außen beschreibt. Der innere personale Schutzbereich des Menschen als Ort, an dem die innere Überzeugungsbildung stattfindet, wird als *forum internum* bezeichnet und gilt als absolut geschützt.

Mit der Ratifizierung des IPbpr haben sich die nationalen Regierungen verpflichtet, Religionsfreiheit zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Der Staat darf nicht ungerechtfertigt in die religiöse Freiheit eingreifen, muss vor Einschränkungen durch Dritte schützen und durch entsprechende umfangreiche Maßnahmen die Religionsfreiheit als Menschenrecht fördern und ihre Gewährung erleichtern.⁵

RELIGIONS- FREIHEIT KONKRET

Verfassungsrechtlicher Rahmen

Versammlung schreibt Religions- und Glaubensfreiheit fest

In der vietnamesischen Verfassung von 2013 ist die Religions- und Glaubensfreiheit für alle Bürgerinnen und Bürger festgeschrieben. Die Verfassung besagt, dass alle Religionsgemeinschaften vor dem Gesetz gleich sind (Artikel 24). Der Staat soll die Religions- und Glaubensfreiheit respektieren und schützen. Die Religionsfreiheit kann aber aus Gründen der nationalen Sicherheit und Ordnung eingeschränkt werden (Artikel 14, Absatz 2).

Vorschläge der Bischofskonferenz im Redaktionsprozess nicht berücksichtigt

Im Vorfeld der Vorbereitung der neuen Fassung hatten die Bürgerinnen und Bürger, Institutionen und Organisationen die Möglichkeit, sich zum vorliegenden Entwurf zu äußern. Engagiert wurden am 01.03.2013 von der Bischofskonferenz in einem vierseitigen Text Kommentare und alternative Formulierungen vorgeschlagen. Die Bischofskonferenz befürwortete eine umfassende Definition des Begriffs Religionsfreiheit und legte in ihrem Text dar, dass der Staat der Bevölkerung keine Religion oder Ideologie vorschreiben und sich nicht negativ-propagandistisch zu Religionen äußern darf. Ebenfalls Teil des Textes war die Forderung, dass der Staat sich nicht in interne Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften einmischt, zum Beispiel in Bildung und Ausbildung sowie Weihe von angehenden Nachwuchskräften und Personalentscheidungen. Religionsgemeinschaften sollten das Recht haben, sich frei in der Schulbildung und im Gesundheitswesen zu betätigen. Die neue Verfassung sollte das Recht der Bürger und Bürgerinnen sowie von Privatorganisationen auf Besitz von Grund und Boden anerkennen, wie es in den meisten Ländern der Welt der Fall ist. Keiner der Kommentare

und konstruktiven Vorschläge der Bischofskonferenz wurde in der Endversion der Verfassung berücksichtigt.

Religionsgesetz und staatliche Diskriminierungen

Basierend auf der neuen Verfassung erließ die Regierung 2016 das neue Religionsgesetz, welches seit Anfang 2018 gilt. Es besagt, dass sich alle Religionsgemeinschaften registrieren müssen. Nach erfolgreicher Registrierung gelten sie als legal und dürfen ihre religiösen Aktivitäten planen und durchführen – unter der Voraussetzung, dass diese jeweils genehmigt werden und dass die Religionsgemeinschaften den staatlichen Behörden über die Aktivitäten Bericht erstatten. Bei allen Aktivitäten und Programmen gilt die Generalklausel des Verbots von Handlungen gegen die „nationale Sicherheit“, „nationale Souveränität“, „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ sowie des „Missbrauchs demokratischer Rechte“. Diese Klauseln geben Spielraum für eine willkürliche Interpretation von Gesetzen und führen zu Verurteilungen von kritischen Bürgerinnen und Bürgern durch staatliche Behörden. Die Ausübung religiöser Praktiken ist in der heutigen Praxis für registrierte Religionsgemeinschaften mehr oder weniger problemlos.

Insbesondere Angehörige von Religionsgemeinschaften, die keine Registrierung beantragt oder erhalten haben, berichten von verschiedenen Formen staatlicher Diskriminierungen und Übergriffen wie behördliche Schikanen, Überwachung, Festnahmen und körperliche Angriffe. Ein besonders hartes Durchgreifen staatlicher Behörden ist in den Bergregionen festzustellen. In der Provinz Dak Lak wurden beispielsweise im Jahr 2021 Angehörige bislang nicht registrierter protestantischer Religionsgemeinschaften von den lokalen Behörden bedroht, weil sie Menschenrechtsverstöße an internationale Stellen gemeldet hatten. Sie wurden außerdem dazu gedrängt, ihrem Glauben abzuschwören oder sich bereits bestehenden Religionsgemeinschaften anzuschließen. In der Folge wurden zahlreiche Angehörige dieser religiösen Gruppen verhaftet und eingesperrt. Einigen von ihnen wurde während der Inhaftierung gedroht, damit sie sich von ihrem Glauben abwenden. Eines der Opfer berichtete von körperlicher Gewalt und Morddrohungen während der Inhaftierung.⁶

Staatliche Medien und prostaatliche Internetseiten setzen wiederholt christliche und andere religiöse Gruppierungen mit separatistischen Bewegungen gleich und werfen ihnen vor, für soziale, politische und wirtschaftliche Probleme verantwortlich zu sein.

Registrierungspflicht nach Religionsgesetz von 2016

Klauseln geben Spielraum für Willkür

Übergriffe auf nichtregistrierte Gemeinschaften insbesondere in den Bergregionen

Gleichsetzung mit separatistischen Bewegungen

Störungen von Gottesdiensten

Es kommt immer wieder zu Behinderungen und Störungen von Gottesdiensten. So konzelebrierte beispielsweise am Sonntag, den 20. Februar 2022, der Erzbischof von Hanoi in der Pfarrei Vu Ban, Provinz Hoa Binh, mit einigen Priestern eine Eucharistiefeier. Inmitten der Messe stürmten der örtliche Parteisekretär und sein Mitarbeiter in den Altarraum und rissen das Mikrofon an sich. Aggressiv verlangten sie die Beendigung der Messe und wollten die Gläubigen nach Hause schicken. Nach einem heftigen Wortwechsel und Widerstand der Gläubigen verließen die beiden die Kirche. Solche Schikanen ereignen sich des Öfteren in dieser Provinz, obwohl das Erzbistum stets eine Klage an die Behörden verschiedener Ebenen richtet(e).

Minderheitenreligionen und nichtregistrierte Religionsgemeinschaften

Im Jahr 2021 wurde keine neue Religionsgemeinschaft von den Behörden genehmigt.⁷ Bei dem Versuch, sich zu registrieren, treten für neu gegründete Religionsgemeinschaften große Probleme auf. Während es einigen neuen Kirchen verwehrt bleibt, sich offiziell zu registrieren, werden andere bei Behördengängen hingehalten und blockiert. Wie und ob sich die Religionsgemeinschaften zu politischen Themen äußern, ist dabei für die Behörden wichtiger als die Glaubensinhalte an sich. Bei den eingereichten Anträgen gibt es meist entweder keine Antwort oder die Ablehnungen werden, anders als gesetzlich vorgegeben, nicht genauer begründet. Diese Probleme treten insbesondere in ländlichen Regionen auf. Dabei werden die neu gegründeten Gemeinschaften oft dazu gedrängt, sich als Teil von bestehenden Religionsgemeinschaften registrieren zu lassen. Es wird berichtet, dass die lokalen Behörden Treffen von christlichen sowie buddhistischen religiösen Gruppen, die sich neu gegründet hatten, auflösten, Schriften beschlagnahmten und sogar religiöse Führer und Gläubige verhafteten. In einigen Fällen traten auch Probleme bei der Ausstellung von neuen Ausweisdokumenten auf. Die Behörden bezeichnen Angehörige von nicht anerkannten Religionsgemeinschaften auf den Ausweisdokumenten entweder als nicht religiös oder als Angehörige einer bereits registrierten Religionsgemeinschaft.⁸ Viele der neuen Religionsgemeinschaften werden von den Behörden als abergläubisch bezeichnet und stigmatisiert.⁹ Ihnen wird Missbrauch, Betrug und die Veruntreuung von Geldern vorgeworfen.¹⁰

Positionierungen zu politischen Themen entscheidend

Keine Antwort oder keine Begründungen für Ablehnungen

Stigmatisierungen neuer Religionsgemeinschaften

Die katholische Kirche in Vietnam zwischen 1960 und 1975

Der Vatikan errichtete am 24.11.1960 durch das Dekret „Venerabilium nostrorum“ die eigenständige katholische Hierarchie Vietnams, just sechs Jahre nach der Teilung des Landes 1954. Ebenfalls im Jahr 1960 wurde die Befreiungsfront Südvietnams ins Leben gerufen, die zu einer mörderischen Eskalation von Kampfhandlungen zwischen den militärischen Einheiten der südvietnamesischen Armee und den Guerillakräften der sogenannten Befreiungsarmee beitrug. In dem vom kommunistischen Regime beherrschten Norden des Landes begann für die katholische Kirche eine leidvolle Zeit. Knapp über eine Million Menschen flohen von Nord- nach Südvietnam. Etwas mehr als 50 Prozent von ihnen waren katholische Christinnen und Christen. Der prozentuale Anteil der geflohenen Kleriker war wesentlich höher. Auch mehrere Diözesanbischöfe flohen mit ihren Gläubigen. Schwerwiegende Folge war, dass die im Norden zurückgebliebenen Priester mehrheitlich im hohen Alter und bei schlechter Gesundheit waren. Die Last der Seelsorge unter erschwerten Bedingungen wurde für sie zu einer großen Herausforderung. Das Verhältnis zwischen der Kirche und dem Regime war äußerst angespannt. Zahlreiche Priester, Theologen, Ordensleute und Gläubige wurden unter Hausarrest gestellt oder gefangen genommen, etliche von ihnen starben in Gefängnissen. Die pastorale Arbeit wurde massiv eingeschränkt. Viele Pfarreien verwaisten. Pastoralbesuche durch Priester wurden oft nicht genehmigt. Priesterseminare wurden geschlossen und Bischöfe mussten in Ausbildungsfragen improvisieren. Priesterweihen wurden in vielen Fällen heimlich (*truyện chú c chui*) vorgenommen. Die Beziehung zur Weltkirche, vor allem zum Papst, existierte nicht mehr. Die Kirche Nordvietnams hatte keine Informationen über das Zweite Vatikanische Konzil und keinen Zugang zu den wichtigen Konzilsunterlagen.

Der Umfang der zwischen 1946 und 1956 enteigneten kirchlichen Besitztümer in Nordvietnam blieb unbekannt. Die Landreform ab 1954 hatte die Zerschlagung des grundbesitzenden Bürgertums zum Ziel; Groß- und Kleingrundbesitzer verloren ihren Grund und Boden. In dieser Zeit wurden fast alle Besitztümer der Diözesen, Pfarreien und Klöster dem Staat übereignet. Der Hintergrund der Aktionen gegen die katholische Kirche war der Verdacht, dass katholische Bürgerinnen und Bürger keine staatskonforme politische Gesinnung besäßen.

Eigenständige katholische Hierarchie 1960

Eskalation der Gewalt und 1 Mio. Flüchtlinge in Südvietnam

Kirche im Norden unter großem Druck

Fast alle kirchlichen Besitztümer dem Staat übereignet

Florierendes
katholisches Leben
in Südvietnam

In Südvietnam (südlich des 17. Breitengrades) erlebte die katholische Kirche demgegenüber eine florierende Periode. Die katholische Bevölkerungsgruppe wuchs durch die Ankunft katholischer Flüchtlinge aus dem Norden stark an. Die Zahl der Konversionen zum katholischen Glauben stieg Ende der 1950er bis Anfang der 1960er Jahre ebenfalls an. Die Kirche setzte den Geist des Zweiten Vatikanischen Konzils in verschiedenen Gesellschaftsbereichen um. Sie betrieb zahlreiche Bildungseinrichtungen, die nicht nur Katholikinnen und Katholiken, sondern Kindern und Jugendlichen aus allen Bevölkerungsgruppen offenstanden. In Dalat führten die Jesuiten eine päpstliche Theologische Hochschule, um hoch qualifiziertes Personal für die Bistümer heranzubilden. Etliche heute amtierende und emeritierte Bischöfe sind Absolventen dieser Hochschule. Jeweils eine katholische Universität wurde in Saigon bzw. Hue gegründet und geführt. Katholische Männerordensgemeinschaften und Schwesternkongregationen fanden großen Andrang und hatten keine Nachwuchssorgen.

Enteignungen und Verdächtigungen gegenüber der katholischen Kirche

Der sogenannte zweite Vietnamkrieg wurde am 30.04.1975 mit dem Sieg der kommunistischen Befreiungsarmee über die Armee der Republik Südvietnam und die verbündeten USA beendet. Nord- und Südvietnam wurden 1976 offiziell wiedervereinigt. Die Politik der neuen Regierung unter der Führung der kommunistischen Einheitspartei führte trotz Versprechungen und Bekundungen von gutem Willen zu einer schweren Vertrauenskrise in der Bevölkerung. Zahlreiche Mitglieder der alten republikanischen Regierung und ihrer Armee samt katholischen Armeeseelsorgern wurden in Umerziehungslager oder Gefängnisse gesteckt.

Vor 1975 hatten alle Bistümer in Südvietnam ihr eigenes Priesterseminar. Sie alle wurden geschlossen. Mit der Wiedervereinigung von Nord- und Südvietnam verlor die katholische Kirche neben den Priesterseminaren zahlreiche schulische und karitative Einrichtungen. Insgesamt wurden 2.250 Einheiten konfisziert, darunter in Südvietnam 226 weiterführende Schulen (überwiegend Gymnasien), 1030 Grundschulen, 58 Waisenhäuser, 35 Altenheime, 48 Krankenhäuser, 8 Lepra- und 159 Gesundheitsstationen.

Auch wenn der Krieg im Jahr 1975 beendet war, konnte sich das wiedervereinigte Vietnam wirtschaftlich nicht befriedigend entwickeln.

Nach Wiedervereinigung 1975 schwere Vertrauenskrise in der Bevölkerung

Katholische Kirche schließt Priesterseminare, schulische und karitative Einrichtungen

Das starre zentralwirtschaftlich organisierte System mit der Allmacht staatlich gelenkter Betriebe und die erzwungenen Genossenschaften führten zu einer großen Mangelwirtschaft. Ende der 1970er Jahre drohte im ganzen Land eine Hungersnot. Neben den massiven ökonomischen Fehlentwicklungen und Misserfolgen musste Vietnam zwei Kriege an seinen Grenzen abwehren: im Südwesten gegen das von China unterstützte Kambodscha (1978) und im Norden gegen chinesische Truppen (1979).

Mangelwirtschaft, drohende Hungersnot und zwei abgewehrte Kriege

Erneuerung, Öffnung und Menschenrechtsverletzungen zugleich

Um die drohende Hungerkatastrophe abzuwenden und die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, vollzog Vietnam 1986 einen radikalen Kurswechsel. Privatwirtschaftliche Unternehmen und Aktivitäten wurden zugelassen. *Đổi mới* (Erneuerung, Öffnung) hieß die neue Strategie. Sie gilt jedoch lediglich für die Wirtschaft. Staatlich gelenkte Kolchosen wurden abgeschafft. Privatpersonen und -unternehmen durften auf eigene Kosten Geschäfte betreiben. Nationale und ausländische Investitionen flossen in den vietnamesischen Wirtschaftskreislauf. Eine Boom-Phase setzte ein. Die wirtschaftliche Öffnung ging und geht jedoch nicht Hand in Hand mit einer politischen Öffnung. Im Gegenteil: Jeder, der die Wirtschaft behindert, wird belangt und verfolgt. Dies öffnet Tür und Tor für Willkür und Korruption auf allen Ebenen. Journalistinnen und Blogger, die diese Missstände anprangern, werden zur Rechenschaft gezogen, ja gar zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Radikaler Kurswechsel 1986 und privatwirtschaftliche Öffnung

Wirtschaftliche Öffnung einerseits, politische Verfolgung andererseits

Die katholische Kirche inmitten der Gesellschaft Vietnams

Nach dem endgültigen militärischen Sieg der kommunistischen Volksarmee im April 1975 und der Gründung der „Sozialistischen Republik Vietnam“ im Jahr 1976 bestand vor allem im südlichen Teil des Landes ein Klima des Abwartens und Beobachtens, auch seitens der katholischen Bevölkerung. Manche katholischen Würdenträger, etwa der Erzbischof Paul Nguyen van Binh von Saigon und der Erzbischof Philippe Nguyen Kim Dien von Hue, hatten unmittelbar nach Kriegsende die neue Regierung wohlwollend willkommen geheißen und den Dialog sowie die Zusammenarbeit der Kirche mit den neuen verantwortlichen Machthabern angeboten. Staat und Partei griffen dieses Angebot damals nicht auf.

Klima des Abwartens nach 1975

Erste Bischofsversammlung 1980, Hirtenbrief zeugt von Bereitschaft zum Dialog mit Staat

Nach mehreren Jahrzehnten durften sich die Bischöfe Süd- und Nordvietnams 1980 zu ihrer ersten Bischofsversammlung treffen. Der erste gemeinsame Hirtenbrief der wiedervereinigten Bischofskonferenz widmete sich dem Hauptanliegen „Kirche inmitten der Gesellschaft“. Darin wurde betont, dass die Kirche mit dem Schicksal der Heimat verbunden und bestrebt ist, einen aktiven Beitrag zur Verteidigung und Entwicklung des Landes zu leisten. Der Hirtenbrief ist auch heute noch ein klares Signal einer ernst gemeinten Bereitschaft zum Dialog zwischen Kirche und Staat. Damit die Kirche ihren Beitrag leisten kann, müssen jedoch entsprechende Voraussetzungen und Rahmenbedingungen gegeben sein. Diese wurden aus Misstrauen oder Angst nicht geschaffen.

Zaghafte Öffnung und verpasste Chancen

1965 gründete die vietnamesische Bischofskonferenz Caritas Vietnam und verfolgte damit das Ziel, den ausgegrenzten und benachteiligten Menschen im Lande zu helfen, das heißt unter anderem einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen, Waisenkindern sowie Opfern von Kriegen und Naturkatastrophen. Sie baute bis tief in die entlegenen Dorfpfarreien ein Netzwerk auf und betrieb in Südvietnam insgesamt 435 Sozialstationen, die bis Kriegsende 1975 voll funktionstüchtig waren und erfolgreich arbeiteten. 1976 wurde Caritas Vietnam verboten. Erst im Jahr 2008 erhielt die katholische Kirche Vietnams die Genehmigung, Caritas Vietnam wieder zu errichten und ihre Aktivitäten sowohl auf nationaler Ebene als auch schrittweise in den Diözesen und Pfarreien in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Die Caritas bietet allen ohne Rücksicht auf ihre Religionszugehörigkeit ihre Unterstützungsleistungen an. Ihre Arbeit wird immer stärker von den staatlichen Behörden und von der Bevölkerung wahrgenommen und anerkannt, so auch ihre tatkräftige Unterstützung für von der Corona-Pandemie betroffene Menschen und deren Familien in den Jahren 2020 und 2021.

Erst 2008 Genehmigung für die Caritas Vietnam

Gründung der Kommission Gerechtigkeit und Frieden 2010

Im Jahr 2010 wurde die Kommission Gerechtigkeit und Frieden innerhalb der Bischofskonferenz gegründet, um Fragen der Arbeitsrechte, Menschenrechte, Eigentumsrechte, Umweltpolitik, Friedenssicherung, der Erziehung und der Kultur zu analysieren und Lösungen für Konflikte in diesen Bereichen zu diskutieren und vorzuschlagen. Vorsitzender der Kommission war von 2010 bis 2019 der Bischof

von Vinh, Bischof Paul Nguyen Thai-Hop, der des Öfteren kritische Stellungnahmen zu gesellschaftlich relevanten Themen verfasste. Im Mai 2012 veröffentlichte die Kommission eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation des Landes und stellte brennende Fragestellungen und Sorgen dar, so die wirtschaftspolitische Entwicklung, das Gesetz über Grund und Boden, Umweltprobleme, die Rolle der Intellektuellen, Bildung und Erziehung sowie Religionsfreiheit. Sechs Monate später wurde ein weiterer Bericht über Gerechtigkeit, Frieden und Menschenrechte publiziert. In allen Berichten wurden stets Vorschläge zur Verbesserung der Situation gemacht. Sie betrafen unter anderem die unberechtigten Übergriffe oder Konfiszierungen von Grundstücken der Kirchen durch staatliche Stellen.

Kritische Stellungnahmen von Bischof Paul Nguyen Thai-Hop 2010–2019

Zu einer besonders dramatischen Umweltkatastrophe kam es im Mai 2016 in der Provinz Nghe-An. Viele Kilometer der Küste wurden von dem ausländischen Konzern Formosa durch ungefiltert ins Meer geleitete Giftstoffe verseucht. Die Folge davon war ein Massensterben der Fische, die an die Strände gespült wurden. Neben den Umweltschäden verloren tausende Fischer ihre Einkommensquellen. Die staatlichen Behörden waren nicht gewillt und nicht in der Lage, die rechtlichen Probleme und die Entschädigungen für die Fischer zu lösen. Bischof Paul schickte Appelle und Proteste an die Zentral- und Provinzregierung, um die berechtigten Interessen der Opfer zu unterstützen. Im Jahr 2017 reiste er mit einer Interessengruppe nach Taiwan und nach Europa, um die internationale Gemeinschaft auf die Umweltkatastrophe, vor allem auf die unverantwortliche Behandlung der Probleme durch Behörden, aufmerksam zu machen. Es haben sich bis heute keine Erfolge eingestellt.

Umweltkatastrophe 2016, Appelle von Bischof Paul bleiben unbeantwortet

Grund und Boden: ein Zankapfel

Der Artikel 4 des Gesetzes über Grund und Boden (GSGB) Vietnams wurde 2013 unter der Nummer 45/2013/QH13 festgeschrieben und ist bis heute gültig. Er lautet:



„Grund und Boden sind Eigentum des Volkes. Der Staat verwaltet dieses Eigentum im Namen des Volkes. Er erteilt das Nutzungsrecht entsprechend dem Gesetz über Grund und Boden.“

Einzelpersonen und Institutionen dürfen nicht Grund und Boden besitzen

Zahlreiche Unklarheiten und Ungerechtigkeiten

Mehrheit enteigneter kirchlicher Besitztümer weiter in staatlicher Hand, weitere Okkupierungen

Dieser Artikel bedeutet, dass keine Einzelperson und keine Institution das Recht hat, Grund und Boden zu besitzen. Sie können lediglich deren Nutzungsrecht erwerben. Dieses Gesetz führt bis zum heutigen Tag zu Unklarheiten, Ungewissheiten und Konflikten zwischen staatlichen Behörden und den Bürgerinnen und Bürgern, Privatorganisationen und Religionsgemeinschaften. Nach 1975 hatte die katholische Kirche in Vietnam zahlreiche Besitztümer wie Grundstücke, Schulen, Krankenhäuser, Infrastrukturen der Ordensgemeinschaften und Pfarreien verloren. Nach mehreren Jahrzehnten fordert die Kirche manche übereigneten Einrichtungen samt der dazugehörigen Grundstücke und Anlagen zurück, um sie für ihre eigenen Aktivitäten in Pastoral und Bildung zu nutzen. Der Staat hat die beantragten Rückgaben stets im Sinne des oben genannten Gesetzes über Grund und Boden abgelehnt. In manchen Fällen war der Staat bereit, Ersatzgrundstücke anzubieten, die jedoch der Kirche oft nicht gleichwertig erschienen. Die Bischofskonferenz hat des Öfteren über die Kommission Gerechtigkeit und Frieden moniert, dass das Gesetz über Grund und Boden dem Staat ein absolutes Sonderrecht verschaffe, welches die Interessen und Rechte der Bürgerinnen und Bürger nicht immer oder nur ungenügend berücksichtige. Bisher hat der Staat in mehreren Fällen Rückgaben akzeptiert. Eines der Beispiele ist das große Areal in Lavang in der Provinz Thua-Thien-Hue. Das Areal darf wieder als nationales Wallfahrtszentrum genutzt und ausgebaut werden. Die Mehrheit der enteigneten kirchlichen Besitztümer wird jedoch weiterhin durch staatliche Stellen verwaltet und genutzt. Gleichzeitig wurden in den letzten Jahren immer wieder Grundstücke katholischer Pfarreien oder Ordensgemeinschaften ohne deren Einverständnis okkupiert. Sie werden für neue Bauprojekte privater oder öffentlicher Firmen genutzt.

Auch andere Religionsgemeinschaften in Vietnam haben Schwierigkeiten, ausreichende Flächen für Gemeinde- und Gotteshäuser zu finden. Um soziale und wirtschaftliche Entwicklungsprojekte voranzutreiben, erklären staatliche Behörden die Besitzansprüche der betroffenen Religionsgemeinschaften für ungültig und zerstören sogar ihre Gebäude.¹¹

Schulbildung und katholische Kirche

Den Religionsgemeinschaften ist es nicht erlaubt, allgemeinbildende Schulen wie Grundschulen, Gymnasien, Hochschulen und Uni-

versitäten in eigener Trägerschaft zu gründen und zu betreiben. Lediglich Kindergärten, Kindertagesstätten sowie einzelne wohltätige Unterrichtsklassen (*lớp học tình thương*) für ärmere Kinder und Jugendliche sind den Pfarreien und den Ordensgemeinschaften gestattet. In der Regel geht es hier um Alphabetisierung, Lesen, Schreiben und Rechnen. Im Gesundheitsbereich dürfen Religionsgemeinschaften keine Kliniken, Krankenhäuser oder Gesundheitsstationen betreiben. Ausländischen Investoren und Organisationen ist es jedoch erlaubt, private Schulen – von Kindergärten bis zu Universitäten – und private Krankenhäuser zu unterhalten. Es grenzt an Anachronismus, dass einheimische Religionsgemeinschaften nicht die gleichen Rechte wie ausländische Personen und Institutionen haben. Trotz aller Widrigkeiten ist es dem Salesianerorden gelungen, die staatlichen Behörden davon zu überzeugen, dass die katholische Kirche über fachliche Kompetenzen verfügt, um einen substanziellen Beitrag zur Entwicklung Vietnams zu leisten. Seit mehreren Jahren führen die Salesianer fünf große Berufsschulen mittlerer Stufe in verschiedenen Provinzen des Landes. Das Bistum Xuan-Loc gründete 2017 ein großes Berufsausbildungszentrum, das die Ausbildung von der mittleren bis zur Fachhochschulstufe anbietet. Das Projekt wird von der diözesanen Caritas geführt. Mehrere tausend Jugendliche erhalten die Ausbildung zeitgleich in verschiedenen Berufssparten. Sowohl die Berufsschulen der Salesianer als auch das Berufsausbildungszentrum des Bistums Xuan-Loc genießen einen überaus guten Ruf im ganzen Land. Das Besondere an all diesen Schulen ist die ganzheitliche Erziehung der Jugendlichen. Sowohl die Fachausbildung als auch die Werte- und Charakterbildung stehen im Fokus der Erziehung. Die Mehrheit der Absolventinnen und Absolventen erhält unmittelbar nach oder gar vor ihrem Ausbildungsabschluss ein Stellenangebot.

Verbot von Schulen in kirchlicher Trägerschaft, Kindergärten und wohltätige Klassen erlaubt

Ausländische Investoren besitzen mehr Rechte als einheimische Religionsgemeinschaften

Dennoch erfolgreiche Berufsbildung in kirchlicher Trägerschaft

DIALOGPOTENZIAL

Vietnam ist die Heimat vieler Religionen und Glaubensgemeinschaften. Am 22.01.1964 veröffentlichten die Bischöfe Südvietnams ihren Hirtenbrief zur Fastenzeit des Jahres, in dem es heißt: „Wir Katholiken sind Vietnamesen unter allen Vietnamesen. Wir betrachten alle Vietnamesen als unsere Schwestern und Brüder. In den letzten Monaten kam es unter unterschiedlichen Bedingungen und Beeinflussungen zu einigen Spannungen, ja Konflikten zwischen Katholiken und Buddhisten. [...] Wir haben keinen Zweifel am guten Willen beider Seiten; wir sind uns der realen Gefahr für unser Land bewusst, falls Hass, Spaltung und Kampf sich verbreiten. Wir müssen größtmögliche Anstrengungen leisten und alle verfügbaren Mittel einsetzen, um die Versöhnung unserer Nation zu voranzubringen.“ Hintergrund des dringenden Appells der Bischöfe war der seit einigen Jahren anhaltende Konflikt zwischen Teilen der buddhistischen Bevölkerung, vor allem des buddhistischen Klerus, und dem damals amtierenden katholischen Präsidenten Ngo Dinh Diem. Nicht nur der gerade erwähnte konkrete Anlass, sondern der neue Geist des Zweiten Vatikanischen Konzils haben die katholische Kirche Vietnams inspiriert und ermutigt, immer wieder den Dialog mit anderen Religionen im Lande ernsthaft und konsequent zu führen. In Vietnam gehören die meisten Menschen einer Religion oder einer Glaubensgemeinschaft an. Die Verwirklichung und praktische Umsetzung des so existenziell wichtigen Auftrags, den Dialog zwischen den Religionen voranzubringen, erfolgte bislang nur in sehr kleinen Schritten und kommt in den einzelnen Bistümern unterschiedlich gut voran. In vielen Fällen besteht der Dialog lediglich aus gegenseitigen Besuchen an den großen religiösen Festtagen der jeweiligen Religionen, unter anderem am Geburtstag Buddhas (*Vesak*) und beim christlichen Weihnachtsfest. Mehr und tiefergehende Aktivitäten werden in der Regel in Großstädten implementiert, wo Religionen durch ihre Führungsebene sowie die Anzahl der Gläubigen präsenter ist und die Infrastruktur besser entwickelt ist.

Appell der Bischöfe für Frieden unter Katholiken und Buddhisten 1964

Umsetzung des Dialogs in kleinen Schritten, weiterreichende Aktivitäten in Großstädten

Ende 2009: Diözesane Kommission „Interreligiöser Dialog“ im Erzbistum Saigon errichtet

Beispielhaft wird im Folgenden der interreligiöse Dialog in Hochiminh-Stadt (früher Saigon) vorgestellt. Ende 2009 wurde im Erzbistum Saigon die diözesane Kommission „Interreligiöser Dialog“ errichtet. Sie hat unter anderem folgende Aufgaben: a) Begegnung

mit Gläubigen anderer Religionen; b) Studium der Lehren und Praktiken anderer Religionsgemeinschaften, vor allem derer, die in Saigon ansässig sind; c) Gegenseitige Besuche, um Freundschaften zu schließen und um danach gemeinsame konkrete Vorhaben im sozialen sowie karitativen Bereich zu entwickeln und durchzuführen; d) Aufbau von Plattformen und Durchführung von Seminaren zu relevanten Themen. Solche Workshops, beispielsweise zum Thema Frieden oder Dialog, fanden stets großes Interesse und wurden sehr gut besucht. Um ein noch breiteres Publikum zu erreichen, gibt die Kommission jedes Quartal eine Zeitschrift mit dem Titel „Eine Brücke vom Herzen zum Herzen“ (*Nhip Cầu Tâm Giao*) heraus. Die Zeitschrift ist ein offenes Forum, in dem diverse Themen aus der Perspektive verschiedener Religionen dargestellt und miteinander verglichen werden, zum Beispiel Barmherzigkeit, Nächstenliebe, Pietät, Seele, Sinn des Lebens, Frieden, Natur und Umwelt. Kurznachrichten über Ereignisse sowie Aktivitäten der Religionen im Lande und in der Welt sind regelmäßige Inhalte der Zeitschrift. Um den interreligiösen Dialog nicht nur theoretisch zu führen, wurde in Saigon eine gemeinsame Gesundheitsstation mit ehrenamtlich arbeitendem medizinischem Personal gegründet. Die Mitarbeitenden wirken mit großem Gemeinschaftsgeist zusammen, um mittellosen Patientinnen und Patienten kostenfrei Untersuchungen und Behandlungen anbieten zu können.

Zeitschrift als offenes Forum

Gemeinsame Gesundheitsstation

Obwohl Aktivitäten zum Dialog der Religionen seit vielen Jahren in manchen Orten durchgeführt werden, manchmal sporadisch, manchmal auch in intensiver Form, hat die Bischofskonferenz Vietnams erst 2019 einen bischöflichen Beauftragten für diesen Bereich ernannt. Der Arbeitsbereich ist anderen bischöflichen Kommissionen nicht gleichrangig; er ist jedoch auf- und ausbaufähig.

Bischöflicher Beauftragter für den interreligiösen Dialog seit 2019

Vom Mai bis Ende 2021 wurde Vietnam von der vierten Welle der Corona-Pandemie schwer heimgesucht. Am massivsten traf es die Zwölfmillionenstadt Saigon. Krankenhäuser, Kliniken und spontan errichtete Gesundheitscontainer waren überlastet. Inmitten der Katastrophe richtete die Bischofskonferenz einen dramatischen Appell an alle Katholikinnen und Katholiken, alles Erdenkliche und Mögliche zu tun, um Leben zu retten und Menschen zu helfen. Eine gewaltige und nie da gewesene Hilfskampagne zog durch das ganze Land. Tausende Priester, Ordensleute, Laiinnen und Laien engagierten sich als frei-

Interreligiöse Initiativen während der Pandemie

willige Helfer für den Einsatz in den Krankenhäusern. Sie verrichteten sehr einfache Arbeiten wie putzen, Kranke waschen, Zimmer und Flure reinigen, Schwerkranke und Sterbende trösten, medizinisches Fachpersonal unterstützen und Mahlzeiten bereitstellen. Der Einsatz erfolgte in gemischten Gruppen aus Priestern, Seminaristen, Ordensleuten und Laiinnen und Laien, aber auch buddhistische Nonnen und katholische Schwestern beteiligten sich. Eine der größten buddhistischen Pagoden mit Kloster in der Stadt bereitete täglich 9.000 Essensrationen für Ärzte, Krankenschwestern und Pflegekräfte in Covid-Kliniken zu. Eine katholische Diözese lieferte Fleisch dafür. Darüber hinaus hat die Kirche Gelder und medizinische Geräte für die nationalen Programme zur Bekämpfung von Covid-19 bereitgestellt. Papst Franziskus hatte ebenfalls 100.000 Euro für Vietnam gespendet.

Repräsentanten aus höchsten Rängen von Partei und Regierung, aber auch auf Provinz- und Stadtebene besuchten die Einsatzorte der katholischen Ehrenamtlichen sowie anderer konfessioneller Helfergruppen. Dankbarkeit, Lob und Anerkennung durch zahlreiche Besuche und Briefe waren keine Lippenbekenntnisse. Bei einer großen Veranstaltung am 16.12.2021 in Saigon brachten Vertreter staatlicher Organe und ärztlicher Verbände ihren Dank an alle Religionsgemeinschaften der Stadt zum Ausdruck. Auf einem Kongress der Religionen sagte der Erzbischof von Saigon am 27.10.2021 im Rückblick auf die Zusammenarbeit der Religionen in der Corona-Krise: „Die Menschheit kann dank der Solidarität überleben. Die Menschheit kann die Pandemie überwinden, wenn wir zusammenstehen und unsere Kräfte bündeln. Das Bündeln der Kräfte der Religionsgemeinschaften kann umso mehr die Menschheit von physischem und geistigem Leiden sowie von spiritueller Armut befreien. Die Pandemie war und ist die Chance für die verschiedenen Religionen, solidarisch zusammenzuarbeiten. Wir werden auch in Zukunft diesen Geist und diese Arbeit weiterführen.“

Dankbarkeit auch
von Regierungsseite

AUSBLICK

47 Jahre sind seit der Machtübernahme durch das kommunistische Regime im Jahr 1975 vergangen. In diesem Zeitraum wurden in verbaler oder schriftlicher Form seitens der Kirche unzählige Gespräche und Verhandlungen geführt sowie Appelle, Kritiken und Petitionen eingebracht. Darüber hinaus hat die Kirche mehrfach durch konkrete Aktivitäten ihr Engagement in Not- und Katastrophenfällen und zur Entwicklung des Landes unter Beweis gestellt.

Die politischen Machthaber haben eingesehen, dass die katholische Kirche keine politische Institution ist, welche die Regierung ersetzen will. Nach und nach wächst ein gegenseitiges Miteinander zum Wohle des Landes.

Immer mehr Priesterseminare werden zugelassen. Heute zählt die Kirche insgesamt sieben solcher Einrichtungen, welche die Priesteramtskandidaten der 27 Bistümer ausbilden. Eine Hochschule für Theologie wurde 2015 mit der Genehmigung der Regierung unter dem Namen „Catholic Institute of Vietnam“ (*Học Viện Công Giáo Việt Nam*) gegründet. Im Gegensatz zu den Anfängen der Öffnungspolitik verfügt die Kirche heute über die Freiheit, die Ausbildungsprogramme sowohl in dieser Hochschule als auch in den Priesterseminaren zu gestalten und Lehrkräfte zu rekrutieren. Das anfänglich obligatorische Lehrfach über den Marxismus-Leninismus wurde abgeschafft. Die Auswahl der Seminaristen und der Weihesakandidaten erfolgt heute ohne Einmischung staatlicher Behörden.

Im August 1975 hatte der vatikanische Nuntius in Südvietnam auf Forderung der neuen Regierung das Land verlassen. Die Beziehung

zwischen dem Vatikan und Vietnam blieb bis 1980 höchst angespannt. In den 2000er Jahren entspannte sich das Verhältnis Schritt für Schritt. Eine „gemeinsame vatikanisch-vietnamesische Arbeitsgruppe“ sichert den Dialog zwischen den beiden Staaten. Die Arbeitsgruppe tagt einmal jährlich abwechselnd im Vatikan bzw. in Vietnam, um Fragen, Konflikte und Probleme in deren Beziehung zu diskutieren und Lösungen zu erörtern. 2011 wurde die Einsetzung eines nichtresidierenden Vertreters des Papstes für Vietnam vereinbart. Am 23.08.2019 wiederum wurde der Weg frei für einen künftigen Vertreter des Vatikans mit Residenzrecht in Vietnam. Vorbereitungen zur Konkretisierung dieser Vereinbarung sind im Gange. Im April 2022 wurde anlässlich des 9. Treffens der Arbeitsgruppe in Hanoi über Regularien für die Arbeit des anvisierten residierenden Vertreters des Vatikans in Vietnam und jenes Vietnams beim Vatikan beraten.

In Anbetracht der sich stetig verbessernden Beziehung zwischen der Kirche und dem Staat in Vietnam sowie zwischen dem Vatikan und der vietnamesischen Regierung erscheint die Hoffnung realistisch, dass die katholische Kirche in Zukunft einen noch größeren Beitrag zur Entwicklung des Landes und zum Wohle der Bevölkerung leisten kann. Voraussetzung ist das Recht, auch in der Schulerziehung und im Gesundheitswesen aktiv und in eigener Trägerschaft tätig zu werden. Da diese beiden Bereiche bis heute große Defizite aufweisen, sind hier dringend Anstrengungen möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppierungen erforderlich.

Zwischen dem streng regulierenden Religionsgesetz und seiner flexiblen Umsetzung in der Praxis ist eine Kluft festzustellen. Partei und Staat sehen keine Gefahr mehr seitens der Religionsgemeinschaften, schon gar nicht von Seiten der katholischen Kirche. Für den Staat, für die Bevölkerung und für die Kirche sollte einsichtig sein und bleiben: Ein Mehr an Religionsfreiheit ist ein Mehr an Entwicklung und Frieden.

Quellen

Do Quang Chinh S.J., Dong Ten Trong Xa Hoi Dai-Viet 1615–1773 (Die Jesuitenmission in Vietnam 1615–1773, Vietnamesisch). Katholische Bischofskonferenz Vietnams, Jahrbuch der katholischen Kirche Vietnams, 2016 (Vietnamesisch).

Klaus Schatz, „... Dass diese Mission eine der blühendsten des Ostens werde ...“ – P. Alexander de Rhodes (1593–1660) und die frühe Jesuitenmission in Vietnam, Münster 2015.

Le Thanh Khoi, Histoire du Vietnam des origines à 1958, Paris 1982. Vu Tu Hoa, Staat/Partei und Kirche in Vietnam, in: Thomas Schreijäck (Hrsg.), Prekäres Christsein in Asien. Erfahrungen und Optionen einer Minderheitenreligion in multireligiösen Kontexten, Ostfildern 2011.

Vietnamesische Internetquellen

<https://hdgmvietnam.com/>
(Katholische Bischofskonferenz Vietnam)

<http://conglyvahoabinh.com>
(Kommission Gerechtigkeit und Frieden der Bischofskonferenz)

<http://caritasvietnam.org>
(Caritas Vietnam)

<http://nhipcautamgiao.net>
(Sekretariat Interreligiöser Dialog)

<http://vietcatholic.net>
(Vietnamesische Katholische Nachrichtenagentur mit Sitz in den USA)

<http://boxitvn.online>
(Kritische vietnamesische Intellektuelle)

<http://www.CGvDT.vn>
(Wochenzeitung unter dem Namen Katholiken und Nation, politisch eher unkritisch)

Anmerkungen

- 01 Vgl. United Nations General Assembly, International Covenant on Civil and Political Rights, 16 December 1966, entry into force 23 March 1976 (999 UNTS 171). Deutsche Übersetzung unter: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB_Menschenrechtsschutz/ICCPR/ICCPR_Pakt.pdf (Stand: 10.01.2022).
- 02 Vgl. United Nations Treaty Collection, Status of Treaties, unter: https://treaties.un.org/pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=IV-4&chapter=4&clang=_en (Stand: 10.01.2022).
- 03 Vgl. United Nations Treaty Collection, Status of Treaties, unter: https://treaties.un.org/pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=IV-5&chapter=4&clang=_en (Stand: 10.01.2022).
- 04 Vgl. United Nations Human Rights Committee, General Comment No. 22: The right to freedom of thought, conscience and religion (ICCPR Article 18), 20 July 1993 (CCPR/C/21/Rev.1/Add.4), Ziffer 2. Deutsche Übersetzung: Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.), Die „General Comments“ zu den VN-Menschenrechtsverträgen. Deutsche Übersetzung und Kurzeinführungen, Baden-Baden 2005, S. 92–96.
- 05 Vgl. Bielefeldt, Heiner, Religionsfreiheit – oft missverstanden, aber unverzichtbar, in: Klaus Krämer/Klaus Vellguth (Hrsg.), Religionsfreiheit. Grundlagen – Reflexionen – Modelle (Theologie der Einen Welt 5), Freiburg im Breisgau 2014, S. 115–137, hier: S. 121–124.
- 06 Vgl. U.S. Department of State, 2021 Report on International Religious Freedom: Vietnam, Washington: 2022, S. 10, unter: <https://www.state.gov/wp-content/uploads/2022/05/VIETNAM-2021-INTERNATIONAL-RELIGIOUS-FREEDOM-REPORT.pdf> (Stand: 02.11.2022).
- 07 Vgl. ebd. S. 1.
- 08 Vgl. ebd., S. 10–15.
- 09 Vgl. Roszko, Edyta, Controlled Religious Plurality: Possibilities for Covenantal Pluralism in Vietnam, in: The Review of Faith & International Affairs, 19 (2021) 3, S. 89–103.
- 10 Vgl. ebd. S. 94.
- 11 Vgl. ebd., U.S. Department of State (wie Anm. 6), S. 16.

Erschienenene Publikationen

Alle Publikationen sind auch als PDF-Dateien verfügbar:
<https://www.missio-hilft.de/informieren/wofuer-wir-uns-einsetzen/religionsfreiheit-menschenrechte/laenderberichte-religionsfreiheit/>

- | | | | |
|---|---|---|--|
| 57 Länderberichte Religionsfreiheit, Vietnam
deutsch (2023) – Bestellnummer 600 565 | 42 Länderberichte Religionsfreiheit, Afghanistan
deutsch (2019) – Bestellnummer 600 550 | 27 Länderberichte Religionsfreiheit, Libanon
deutsch (2015) – Bestellnummer 600 535 | 12 Länderberichte Religionsfreiheit, Algerien
deutsch (2013) – Bestellnummer 600 520 |
| 56 Länderberichte Religionsfreiheit, Algerien
deutsch (2022) – Bestellnummer 600 564 | 41 Länderberichte Religionsfreiheit, Eritrea
deutsch (2019) – Bestellnummer 600 549 | 26 Länderberichte Religionsfreiheit, Katar
deutsch (2014) – Bestellnummer 600 534 | 11 Länderberichte Religionsfreiheit, Indien
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 511 |
| 55 Länderberichte Religionsfreiheit, Russland
deutsch (2022) – Bestellnummer 600 563 | 40 Länderberichte Religionsfreiheit, Kuba
deutsch (2018) – Bestellnummer 600 548 | 25 Länderberichte Religionsfreiheit, Bahrain
deutsch (2014) – Bestellnummer 600 533 | 10 Länderberichte Religionsfreiheit, Vereinigte Arabische Emirate
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 510 |
| 54 Länderberichte Religionsfreiheit, Niger
deutsch (2021) – Bestellnummer 600 562 | 39 Länderberichte Religionsfreiheit, Äthiopien
deutsch (2018) – Bestellnummer 600 547 | 24 Länderberichte Religionsfreiheit, Libyen
deutsch (2014) – Bestellnummer 600 532 | 9 Länderberichte Religionsfreiheit, Vietnam
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 509 |
| 53 Länderberichte Religionsfreiheit, Myanmar
deutsch (2021) – Bestellnummer 600 561 | 38 Länderberichte Religionsfreiheit, Nordkorea
deutsch (2017) – Bestellnummer 600 546 | 23 Länderberichte Religionsfreiheit, Nepal
deutsch (2014) – Bestellnummer 600 531 | 8 Länderberichte Religionsfreiheit, China
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 508 |
| 52 Länderberichte Religionsfreiheit, Indonesien
deutsch (2021) – Bestellnummer 600 560 | 37 Länderberichte Religionsfreiheit, Kirgisistan
deutsch (2017) – Bestellnummer 600 545 | 22 Länderberichte Religionsfreiheit, Irak
deutsch (2014) – Bestellnummer 600 530 | 7 Länderberichte Religionsfreiheit, Kuwait
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 507 |
| 51 Länderberichte Religionsfreiheit, Tadschikistan
deutsch (2021) – Bestellnummer 600 559 | 36 Länderberichte Religionsfreiheit, Indien
deutsch (2017) – Bestellnummer 600 544 | 21 Länderbericht Religionsfreiheit, Singapur
deutsch (2014) – Bestellnummer 600 529 | 6 Länderberichte Religionsfreiheit, Türkei
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 506 |
| 50 Länderberichte Religionsfreiheit, Sri Lanka
deutsch (2020) – Bestellnummer 600 558 | 35 Länderberichte Religionsfreiheit, Oman
deutsch (2017) – Bestellnummer 600 543 | 20 Länderbericht Religionsfreiheit, Malaysia
deutsch (2014) – Bestellnummer 600 528 | 5 Länderberichte Religionsfreiheit, Marokko
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 505 |
| 49 Länderberichte Religionsfreiheit, Saudi-Arabien
deutsch (2020) – Bestellnummer 600 557 | 34 Länderberichte Religionsfreiheit, Burkina Faso
deutsch (2017) – Bestellnummer 600 542 | 19 Länderberichte Religionsfreiheit, Ägypten
deutsch (2013) – Bestellnummer 600 527 | 4 Länderberichte Religionsfreiheit, Tunesien
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 504 |
| 48 Länderberichte Religionsfreiheit, Thailand
deutsch (2020) – Bestellnummer 600 556 | 33 Länderberichte Religionsfreiheit, Syrien
deutsch (2016) – Bestellnummer 600 541 | 18 Länderberichte Religionsfreiheit, Indonesien
deutsch (2013) – Bestellnummer 600 526 | 3 Länderberichte Religionsfreiheit, Jordanien
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 503 |
| 47 Länderberichte Religionsfreiheit, Kasachstan
deutsch (2020) – Bestellnummer 600 555 | 32 Länderberichte Religionsfreiheit, Mauretanien
deutsch (2016) – Bestellnummer 600 540 | 17 Länderberichte Religionsfreiheit, Laos
deutsch (2013) – Bestellnummer 600 525 | 2 Länderberichte Religionsfreiheit, Ägypten
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 502 |
| 46 Länderberichte Religionsfreiheit, Tschad
deutsch (2020) – Bestellnummer 600 554 | 31 Länderberichte Religionsfreiheit, Mali
deutsch (2016) – Bestellnummer 600 539 | 16 Länderberichte Religionsfreiheit, Nigeria
deutsch (2013) – Bestellnummer 600 524 | 1 Länderberichte Religionsfreiheit, Pakistan
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 501 |
| 45 Länderberichte Religionsfreiheit, Indien
deutsch (2019) – Bestellnummer 600 553 | 30 Länderberichte Religionsfreiheit, Saudi-Arabien
deutsch (2016) – Bestellnummer 600 538 | 15 Länderberichte Religionsfreiheit, Kambodscha
deutsch (2013) – Bestellnummer 600 523 | |
| 44 Länderberichte Religionsfreiheit, Pakistan
deutsch (2019) – Bestellnummer 600 552 | 29 Länderberichte Religionsfreiheit, Jemen
deutsch (2016) – Bestellnummer 600 537 | 14 Länderberichte Religionsfreiheit, Myanmar
deutsch (2013) – Bestellnummer 600 522 | |
| 43 Länderberichte Religionsfreiheit, Turkmenistan
deutsch (2019) – Bestellnummer 600 551 | 28 Länderberichte Religionsfreiheit, Tansania
deutsch (2015) – Bestellnummer 600 536 | 13 Länderberichte Religionsfreiheit, Bangladesch
deutsch (2013) – Bestellnummer 600 521 | |

missio setzt sich ein für Religionsfreiheit im Sinne des Artikels 18 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* vom 10. Dezember 1948, des Artikels 18 des *Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte* (IPbPR) vom 16. Dezember 1966 und der Erklärung *Dignitatis humanae* des Zweiten Vatikanum über die Religionsfreiheit vom 7. Dezember 1965. Diese hält fest:

„Das Vatikanische Konzil erklärt, dass die menschliche Person das Recht auf religiöse Freiheit hat. Diese Freiheit besteht darin, dass alle Menschen frei sein müssen von jedem Zwang sowohl von Seiten Einzelner wie gesellschaftlicher Gruppen, wie jeglicher menschlichen Gewalt, so dass in religiösen Dingen niemand gezwungen wird, gegen sein Gewissen zu handeln, noch daran gehindert wird, privat und öffentlich, als einzelner oder in Verbindung mit anderen – innerhalb der gebührenden Grenzen – nach seinem Gewissen zu handeln. Ferner erklärt das Konzil, das Recht auf religiöse Freiheit sei in Wahrheit auf die Würde der menschlichen Person selbst gegründet, so wie sie durch das geoffenbarte Wort Gottes und durch die Vernunft selbst erkannt wird. Dieses Recht der menschlichen Person auf religiöse Freiheit muss in der rechtlichen Ordnung der Gesellschaft so anerkannt werden, dass es zum bürgerlichen Recht wird.“
(*Dignitatis humanae*, 2)



missio
Internationales Katholisches
Missionswerk e.V.
Team Menschenrechte und Religionsfreiheit
Postfach 10 12 48
52012 Aachen
Tel.: +49/241/7507-00
Fax: +49/241/7507-61-253
menschenrechte@missio-hilft.de

Redaktion: Katja Voges
© missio 2023
ISSN 2193-4339
missio-Bestell-Nr. 600565



Spendenkonto
IBAN
DE23 3706 0193 0000 1221 22
BIC: GENODE33 PAX